

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Preis des Bl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Dr. Feingoldstraße 14, II. Tel. 3465.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Dr. Feingoldstraße 14. Tel. 1769.  
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserte** werden bis 5 Uhr abends mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Streifenanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 130.

Dresden, Montag den 9. Juni 1913.

24. Jahrg.

Der Reichskanzler soll in „innerlicher Erregung“ erkrankt haben, daß die Reichsversammlung für die verbliebenen Regierungen unannehmbar sei und bleibe.

Die ungarische Sozialdemokratie plant Protestdemonstrationen gegen die Ernennung Tisza zum Ministerpräsidenten.

Die Konferenz der vier Balkanminister ist verschoben worden.

Bei einem Taifun, der bei Macao wüthete, sind gegen 100 Personen ertrunken.

## Planlose Wirtschaft.

Ein eigenmächtiger und für die privatkapitalistischen Zwecke sehr bezeichnender Streik hat sich im rheinisch-westfälischen Bergbau entzündet. Schon vor etwa zehn Jahren wurde die Welt aufgeschreckt durch die Nachricht, es würden dort aus rein spekulativen Gründen Kohlenzechen stillgelegt. Bekanntlich sind fast die gesamten dortigen Zechen im rheinisch-westfälischen Kohlenbassin vereinigt, dessen Aufgabe darin besteht, die Kohlenpreise hochzuhalten und zu steigern. Diesen Zweck sucht das Syndikat durch Einschränkung der Produktion zu erreichen. Demgemäß wird jedem beteiligten Werk vorgeschrieben, wieviel Kohlen es fördern darf. Diese sogenannte „Belegungsliste“ richtet sich nach der Größe der Leistungsfähigkeit, dem Anlagekapital usw. des Werks. Wenn nun ein Kapitalist (oder eine Aktiengesellschaft) mehrere Zechen besitzt, so besteht er damit auch die Belegungsliste dieser Zechen, und es bleibt ihm überlassen, auf welcher Zeche er das ihm zugeschriebene Quantum Kohlen produzieren will. Machen wir das an einem Beispiel klar: er besitzt, sagen wir, vier Zechen, A, B, C und D. Die Belegungsliste von A beträgt 100 000 Tonnen, die von B 85 000, die von C 50 000 und die von D 40 000 Tonnen. So darf er insgesamt 275 000 Tonnen Kohlen fördern. Aber es bleibt ihm überlassen, auf welcher Zeche er das tun will. Wenn z. B. Zeche D keine 40 000 Tonnen liefert, kann er die Differenz auf A, B oder C mehr fördern, ja er kann D ganz still liegen lassen und die Produktion der übrigen Zechen um volle 40 000 Tonnen erhöhen. Dies zu tun hat er dann ein Interesse, wenn z. B. die Vertriebskosten auf D wesentlich höher sind als auf seinen anderen Zechen. Das hat nun die Kohlenherrschaft auf die Idee gebracht, zu ihrem vorhandenen Besitz andere Zechen hinzuzufügen und ihre Belegungsliste auf ihre ursprünglichen Werte zu übernehmen. Vergleichlich soll zuerst 1904 vorgekommen sein, sich seitdem des öfteren wiederholt haben, und soll jetzt wiederum in größerem Umfang drohen.

Nun muß aber eine solche Stilllegung von Zechen die allertraurigsten Folgen für die Gemeinden nach sich ziehen, in denen sie belegen sind. In einer Zeit, die einige betroffene Gemeinden an das preussische Abgeordnetenhaus gerichtet haben, wird ausgeführt: Ein blühender Bergwerksbetrieb hat, wie die Dinge heute liegen, eine starke Zuwanderung fremder Arbeiter zur Folge. Die Fremden bringen entweder schon zahlreiche schulpflichtige Kinder mit oder es entsteht bald ein Zuwachs von Kindern, woraus den Gemeinden ganz bedeutsame Ausgaben für das Schulwesen erwachsen. Ebenso steht es mit zahlreichen anderen Auswendungen. Nun werde die Zeche plötzlich stillgelegt. Entweder wird die zahlreiche Arbeiterzahl brotlos und kann keine Steuern mehr zahlen, oder sie zieht weg und die Gemeinde bleibt mit ihren teuren Anlagen, Schulen, Wegen usw. sitzen, die in ihrem Anlagekapital verfallen, gepflegt und weiter unterhalten werden müssen. Oder endlich — und das sei noch der günstigste Fall — die Arbeiter bleiben wohnen und arbeiten auswärts. Dann hat die „Wohngemeinde“ die teuren Schulkosten auf dem Hals.

Aus den Erfahrungen des Jahres 1904 könne als lehrreiches Beispiel die Gemeinde Hüntzsch angeführt werden. Sie habe im vergangenen Jahre 1307 Schulkinder gehabt, darunter 1032 Kinder solcher Wäiter, die auswärts arbeiteten. Die gesamten Schulunterhaltungskosten hätten rund 43 250 M. betragen. Die Kinder der auswärts arbeitenden Wäiter verursachten also mehr als 34 000 M. Kosten. Diese Wohngemeinde hätte nur 9000 M. Schulunterhaltungskosten aufzubringen gehabt, wenn die Wäiter der Kinder dort gewohnt hätten, wo sie ihren Unterhalt verdienen.

Zu kommt der enorme Verlust der Wäiter, der Wäiter, der Wäiter und anderer Gewerbetreibender, die bis dahin von der Arbeiterbevölkerung gelebt haben und nun nicht mehr existieren können, was dann bald zur Folge hat, daß auch diese Leute auswandern müssen, so daß der Gemeinde nach und nach alle steuerfähigen Bewohner verloren gehen und nur die Unterhaltungsbedürftigen zurückbleiben. Eine vollständige Verarmung und Verödung der Gegend sei also die notwendige Folge.

Der Beweis für diese Argumente wird sich sehr leicht machen lassen, und man konnte deshalb gespannt sein, was

die Grubenkapitalisten erwidern würden. Indessen, ihre Antwort war einfach. In einer Eingabe, die sie im März d. J. an das Abgeordnetenhaus richteten, wird ausgeführt, daß die Stilllegung von Zechen, soweit sie bereits erfolgt oder in Zukunft beabsichtigt sei, nicht auf Gründen der Spekulation beruhe, sondern auf der natürlichen Erschöpfung jener Zechen; sie seien soweit abgebaut, daß ein weiterer Betrieb nicht mehr lohne. Wollte man die darin zum Teil noch enthaltenen Kohlenmengen fördern, so würde das kostspielige Neuanlagen nötig machen, die sich nicht mehr rentieren könnten. Diese Angaben wurden in der Kommission des Abgeordnetenhauses vom Regierungsvizepräsidenten bestätigt.

Uns ist es selbstverständlich nicht möglich, nachzuprüfen, ob die Angaben der Zechenherrschaft stimmen oder nicht. Aber prinzipiell kommt es darauf gar nicht an. Denn was selbst diese oder jene Zeche aus Spekulationsgründen stillgelegt sein, so liegt doch auf der Hand, daß früher oder später für jede Zeche die Zeit der natürlichen Erschöpfung kommen muß. Und dann zeigt sich die planlose kapitalistische Wirtschaft in ihrer ganzen Verwahrheit. Bei der Erschöpfung der Silberminen im Harz hat man es erlebt, und bei den südlichen Ruhrzechen erlebt man es von neuem. Ganze Ortschaften, ganze Gemeinden, Jahraufende von Menschen wurzeln mit ihrer Existenz in dem Zechenbetriebe. Mit dem Augenblick, wo der Betrieb stillsteht, sind sie entzweit, Not und Elend verbreitet sich, die Gegend verödet.

Was das sein? Eine planlose Wirtschaft, wie sie allein der menschlichen Bewusstheit würdig wäre und wie der Sozialismus sie erstrebt, würde das zu verhindern wissen. Im Interesse der Gesamtheit sollen die Kohlen gefördert werden, und im Interesse der Gesamtheit liegt es allerdings, sie da zu fördern, wo mit dem geringsten Arbeitsaufwand das größte Resultat erzielt werden kann. Aber wenn man den Ertrag dieser gemeinschaftlichen Arbeit allen zugute kommen läßt, wenn man von vornherein die Produktion der Kohlen so gut wie die Versorgung der Menschen mit allem, was sie brauchen, planmäßig einrichtet, dann braucht niemand zugrunde zu gehen, weil an einem bestimmten Orte der Abbau der Kohlen nicht mehr lohnt. Entleerung des Privatkapitals, sozialistische Produktion wird dieses Uebel heilen.

## Die internationale Rüstungsbrüderchaft.

London, 7. Juni.

Der Labour Leader geht in seiner letzten Nummer weiter dem komplizierten Netzwerk nach, das das Rüstungskapital aller Länder brüderlich vereinigt und ihm gestattet, mit Hilfe von Kriegspanikern und Rüstungsbegehren alle Völker unparteiisch auszunutzen.

Es sind namentlich zwei besonders gewaltige Kapitalorganisationen, die den ausgeprochenen Zweck zu haben scheinen, die nächste Blutverwandtschaft und nächste Interessengemeinschaft zwischen dem englischen Rüstungskapital und den Rüstungsfirmen der anderen Länder herzustellen. Die eine ist der Nobel Dynamite Trust, die andere die Carven United Steel Co. Ltd.

Der Nobel Dynamite Trust hat nach dem letzten Jahresbilanzansatz einen Reingewinn von 380 729 Pfund Sterling bei einem Kapital von 3 285 400 Pfund erzielt. Dieses erfreuliche Resultat erklärt der Geschäftsbericht damit, daß die Nachfrage nach Kriegsmaterial zugenommen hat. Nach offiziellen Angaben kann der Trust die Produktion von Sprengstoffen unternehmen, aber sein Hauptgeschäft besteht darin, die Aktien gewisser Sprengstoffgesellschaften zu erwerben. Der Trust besitzt das gesamte Aktienkapital der englischen Nobel Explosives Co. Ltd. und ist an den folgenden Unternehmungen interessiert: Dynamit A. G., vormals Alfred Nobel u. Co., Hamburg; Rheinische Dynamitfabrik, Köln; Deutsche Sprengstoff A. G., Hamburg; Dresdner Dynamitfabrik, Dresden. Außerdem besteht seit einigen Jahren ein Geschäftsabkommen mit deutschen Pulvererzeugern, das erst im Jahre 1960 abläuft. Der Trust hat 76 deutsche und 22 französische Aktienteilhaber. Englische, deutsche und französische Armeeoffiziere sitzen mit dem Unternehmen in einer (nicht näher gekennzeichneten) offiziellen Verbindung. Von deutschen Offizieren werden genannt: General von Mühlberg, Oberst Max Adriaan, Oberst Eduard Adriaan, Major Freiherr F. v. Freisch und Major Otto von Panetti; ferner der französische Oberstleutnant Jeancois J. H. Laffargue.

Ein noch merkwürdigeres Gebilde ist die Carven United Steel Co. Ltd. Dieses Unternehmen befindet sich jetzt aus unbekannten Gründen in freiwilliger Liquidation, obwohl es noch 1911 eine Dividende von 7 1/2 Proz. verteilte. In dieser Gesellschaft scheint sich fast das ganze Rüstungskapital der Welt ohne Rücksicht auf nationale Gegensätze oder diplomatische Bündnisse und Ententen in halber Eintracht zusammengejungen zu haben.

Alle englischen Rüstungsfirmen sind durch Aktienbesitz und Direktoren an der Gesellschaft beteiligt.

Von deutschen Firmen sind beteiligt die sich jetzt eines besonderen Rufes erfreuende Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke, die 2781 Aktien innehat und im Direktorium durch Herrn Fritz Köstel, Dillingen, vertreten

ist. Die Firma Krupp, Essen, besitzt 4781 Aktien und hat die Herren Heinrich Vielhaber und Emil Ehrenberger (wie glücklich das Rüstungskapital die Namen seiner Vertreter zu wählen vermag!) im Aufsichtsrat.

Frankreich ist vertreten durch die Firmen Schneider u. Co. und La Vie des Forges et Chéries de la Marine et d'Armement. Die Harbey Steel Co. hat vier französische Direktoren.

Kußerdem ist eine Anzahl italienischer und amerikanischer Rüstungsfirmen an dem Unternehmen beteiligt. Außer den Rüstungsfirmen besitzen Aktien verschiedene englische, deutsche, französische, amerikanische und schweizerische Banken, wovon die Deutsche Bank (1850 Aktien) und die Bankfirma Woulet in Vevey (Schweiz) genannt seien.

Man sieht, die internationale Verbrüderung des Rüstungskapitals ruht auf einer soliden Grundlage. Es weiß, daß es in allen Ländern die gleichen Interessen hat. Man werden aber auch die Völker erkennen, daß sie kein bringenderes gemeinames Interesse haben, als diese Schwarzerbschiffahrt von sich abzuschütteln?

## Gegen den Krieg.

Lk. London, 7. Juni. Auf dem in Report abgehaltenen Jahreskongreß des englischen Transportarbeiterverbandes begrüßte Ben Tillet (Dockarbeiter) eine Resolution, die den Krieg und die Kriegshegen verurteilt und für den Fall eines Krieges den Generalstreik aller im Transport von Truppen und Kriegsmaterial beschäftigten Arbeiter bekämpft. Tillet sagte, es sei an der Zeit, daß endlich die Arbeiter die Befehle des Landes in ihre Hände bekommen. Die Arbeiter seien endlich dahinter gekommen, was der ihnen vorgezeichnete „Patriotismus“ in Wirklichkeit ist. Das Kriegshege werde von einer korrupten Klasse geführt, die von den Rüstungsinteressen bestritten sei. Jede „patriotische“ Vereinigung werde von den Rüstungsindustriellen subventioniert.

Tommer & Co., der die Resolution unterstützte, befürwortete ein Einvernehmen der Transportarbeiter mit den Eisenbahnern und Bergarbeitern. Wenn diese drei Arbeiterkategorien zusammenwirkten, dann könne kein Krieg länger als ein paar Tage fortgeführt werden.

Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen. Benoit & Co., Sekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes, wählte dem Kongreß bei.

## Eine unklare Lage.

Die Situation auf dem Balkan ist noch immer so unklar wie möglich. In Sofia dauert die Ministerkrise fort. Wie „in eingeweihten Kreisen“ berichtet wird, steht die Lösung der Kabinetskrise besonders wegen der Frage der Auswärtigen Politik auf große Schwierigkeiten. Die bulgarische Regierung will die Antwort aus Petersburg abwarten, ob Rußland Serbien zur Einhaltung des Vertrags und zur Räumung der unbesetzten Gebiete südlich der kritischen Zone veranlassen will.

Die Ministerkrise in Bulgarien ist der Ausdruck der fortwährenden Spannung und die drohende Schwärze des Wir gibt ihr bereits Ausdruck. Weibe aber, Ministerkrise und drohende Schwärze, haben wahrscheinlich zunächst den Zweck, in Belgrad und in Athen heilsamen Schrecken zu verbreiten. Belgrad, der den Balkanbund gegründet hat, will während eines Konflikts mit den Verbündeten nicht die Regierung führen. Aber welche Regierung auch immer ihm folgen wird, keine wird es leicht finden, einen Krieg zu führen, bei dem die Bedingungen des Erfolges durchaus nicht bloß militärische sind.

Nach einer Sofiaer Meldung ist die Antwort auf das Verlangen Serbiens nach Revision des Bündnisvertrages bereits fertig gestellt. Der bulgarische Ministerrat soll über die Antwort beschließen. Ueber ihren Inhalt verläutet, daß eine Revision entschieden abgelehnt und die Erfüllung des Vertrages verlangt wird.

Uebrigens ist der Gebietsstreit zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland nicht die einzige Schwierigkeit, die der Abschluß des Vorfriedens zurückgehalten hat. Die Ordnung der albanischen Frage durch die Großmächtekonferenz scheint nicht vorwärts zu kommen, aber auch die Beziehungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten haben eine endgültige Regelung nicht erfahren. Um den Vorfrieden rasch zum Abschluß zu bringen, gestatteten die Großmächte den Balkanstaaten, ihre Sonderwünsche einem Zusatzprotokoll anzuvertrauen. Da verlangt nun Bulgarien eine Abänderung der Grenzlinie Midia-Enos, so daß auch noch das ganze Bündnisgebiet der Mariza zu Bulgarien fällt, und zieht deshalb seine Truppen aus dem Landstrich südlich von Midia-Enos nicht zurück, um den Türken, die den Austausch der Gefangenen und die Räumung ihres Landes fordern, das strittige Gebiet abzurufen zu können. Griechenland verlangt von der Türkei die Wiederherstellung der alten Verträge, der Kapitulationen, des Schiffsverkehrs. Welches ist für die Griechen von großer Bedeutung, sind doch mehr als zwei Millionen Menschen griechischen Stammes in Konstantinobel, Kleinasien und Syrien anhängig und der Lebendverkehr die Seele der griechischen Wirtschaft. Die Türkei wehrt sich jedoch — sie will die Hand nicht